

Prof. Dr. Dr. Bülow

Notenvergabe:

18	17	16	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	0	
		1	1	2	2	3	2	5	9	3	3	4	2	1					~ 9,39

Allgemein:

- lässt nicht ausreden
- will Stichworte
- formuliert Frage mehrmals, bevor man antworten darf
- anspruchsvolle Prüfung
- großzügige Benotung
- Prüfer redet viel selbst
- Aktuelle BGH-Entscheidungen
- GRUR und GRUR-INT!!
- Man sollte ihm immer das Gefühl geben, dass er recht hat – bloß keine andere Ansicht!!

Handelsrecht:

- Einzel-, Ist-, Scheinkaufmann
- Pro und contra Rosintheorie
- Vier-Augen-Prinzip
- § 15 HGB Primär- / Sekundärtatsachen
- Verzugszinsen
- § 348 II HGB
 - o Abgrenzung Kommissionär / Handelsmakler
 - o Vertretung / Vertragshändler
- § 369 HGB
 - o Beiderseitiges Handelsgeschäft
- Pfandrecht des Kommissionärs aus § 397 HGB
 - o Schutz durch antizipierte Einigung und Abtretung zukünftigen Herausgabeanspruchs, § 931
 - o Befriedigung aus Pfandgut durch öffentliche Versteigerung
 - o Insolvenz: § 51 Nr. 3 InsO
- Möglichkeiten, Gesellschaftssitz zu verlagern
 - o Sitztheorie
 - o Gründungstheorie
 - o EG-Vertrag
- § 366 HGB
 - o Guter Glaube an Verfügungsbefugnis ausgeschlossen, wenn Kenntnis des Wesens des verlängerten Eigentumsvorbehalts
 - o Gutgläubiger Erwerb des kaufmännischen ZbR
- § 354a HGB
- Handelsvertreter, §§ 84ff HGB
 - o Merkmale
 - Handeln in fremdem Namen
 - Auf fremde Rechnung
 - Treuepflicht
 - Dauerschuldverhältnis zws Handelsvertreter und Unternehmer
 - Beendigung des Vertragsverhältnisses
 - Typen: Abschluss- / Vermittlungsvertreter

- Abgrenzung zum Kommissionsvertrag (Handeln im eigenen Namen auf fremde Rechnung)
 - Abgrenzung zum Handelsmakler (nur gelegentlich, kein Dauerschuldverhältnis)
 - Entstehung des Provisionsanspruchs
- Handelsmakler
 - Unterschied zum BGB-Makler
- Anwendbarkeit des HGB auf Nichtkaufleute bei:
 - Handelsvertreter, Kommissionär, Frachtführer, Spediteur, Lagerhalter
- § 377 HGB
- § 350 HGB
- Firmenrecht, §§ 17ff HGB
 - Kennzeichnungskraft

Personengesellschaftsrecht:

- Vertretung
 - Prokura
 - Echte / unechte Gesamtvertretung
 - Grundsatz der Selbstorganschaft
- OHG, KG:
 - Verpflichtung durch Handeln eines Gesellschafters
 - Weiterhaftung bei Ausscheiden
 - OHG-mbH zulässig?
 - Wenn nur natürliche Gesellschafter
 - Wenn zwei GmbHs eine OHG gründen
 - Haftung bei OHG, KG
 - § 140 I S. 2 HGB
- GbR
 - Haftungsbeschränkung?
 - Vertretung
 - Sachinhaberschaft?
 - Rechtsfähigkeit
 - Haftungsmodelle
 - BGH-Urteil zur Scheckfähigkeit der GbR
- akzessorische Gesellschafterhaftung
- Darstellung verschiedener Gesellschaftsformen
- Bürgschaft eines Gesellschafters = Kreditvertrag iSv § 1 VerbrKG?

Kapitalgesellschaftsrecht:

- Haftung der GmbH
- Abgrenzung Vorgründungsgesellschaft, Vor-GmbH, GmbH
 - Gesellschafterhaftung
 - Rechtsformen
 - Rechtsfähigkeit während der Gründungsphase
- Wie könnte man die Bezeichnung „Ferrero OHGmbH“ deuten?
 - GbRmbH, KGmbH, GmbH & Co.KG?
- kapitalersetzende Darlehen
- Bezeichnung „mbH“ irreführend, da GmbH mit ihren gesamten Vermögen haftet
- Kapitalaufbringung und Erhaltung
- Schutzwürdigkeit des Bürgen, wenn er um die finanzielle Lage der GmbH weiß

Wettbewerbsrecht:

- Fiat bei Edeka
- Fallgruppen des § 1 UWG a.F.
 - o BGH: Ausnutzen des Vertragsbruchs eines Dritten fällt seit kurzem nicht mehr unter Verleitung zum Vertragsbruch
- vergleichende Werbung
 - o prozessual
 - Abmahnung zwecklos
 - Einstweilige Verfügung nach UWG?
 - § 935 ZPO erforderlich?
 - o materiell:
 - irreführende Angaben (-)
 - gute Sitten?
 - Fallgruppen
 - Bestimmung
 - o seit 1997 EU-RL für Werbemaßnahmen
 - danach ist vgl. Werbung grs. erlaubt
 - zahlreiche Ausnahmen der Unzulässigkeit
 - Problem: Kann EU-RL die Ansicht über die guten Sitten verändern?
 - o früher: generelles Verbot der vergleichenden Werbung
 - o Ausnahme: Bewerbung therapeutischer Mittel
 - o Bei Arzneimittel nach HeilmittelG
- „gute Sitten“
 - o Kann sich jemand auf eine ihm günstige RL berufen, wenn die nationale Rspr sie nicht anwendet?
 - RL muss in nationales Gesetz transformiert werden
 - o Geltung der RL im Zivilprozess?
 - Geltung einer Amtspflichtverletzung?
- das neue UWG
 - o Zentralbegriff des alten UWG
 - o Europarechtliche Determination des neuen Gesetzes
 - o Änderung der Begrifflichkeiten
 - o Tatsächlich Paradigmenwechsel unter dem Begriff des unverfälschten Wettbewerbs? (-) Oder deckungsgleich mit dem alten Begriff der guten Sitten?
 - o Maßgeblich: Moral, Zeitgeist, Schutzzweck des UWG
 - o Schutzsubjekte
 - Neues UWG. Verbraucher ausdr. genannt
 - Im alten UWG Klagemöglichkeit für Verbraucherschutzverband
 - Auch hier kein Paradigmenwechsel
 - o Verbraucherbegriff des § 13 BGB
 - Neues UWG ist aber spezielles Deliktsrecht, daher passt § 13 BGB nicht
 - o Regelung zur Telefonwerbung
 - Beruht auf Fernabsatzrichtlinie
 - Möglicher Widerspruch zum opt-out-Modell und dem grs. Telefonverbot?
- Vorsprung durch Rechtsbruch
 - o Fallgruppen
 - o Sinn
 - Gleiche Startbedingungen für alle
 - Stammt von Eugen Ulmer

Kartellrecht:

- kartellrechtliche Zusammenschlusskontrolle
- Grundstruktur des GWB
- Erklärung: Kartell, Markt, Grundsatz der freien Marktwirtschaft, Sinn und Zweck des Kartellrechts
- Bezug zum Europarecht
 - o Art. 82 EGV
 - o Methode der Umsetzung von Europarecht (RL)
- Ministerialerlaubnis
- Vor welchem Gericht wird die kartellrechtliche Zusammenschlusskontrolle geprüft?
 - o OLG Düsseldorf, hat in der Vergangenheit besondere Kompetenzzuweisung erhalten
- Verhältnis Hersteller / Händler
- Europäisches Kartellrecht
- Gruppenfreistellung
- Art. 85 EGV (Bußgeld)
 - o Deutsches Pendant: Wettbewerbsbeschränkung
 - Durch Vertrag
 - Horizontale WWB
 - Vertikale WWB
 - Durch marktbeherrschende Stellung
 - o zuständige EU-Kommission ergibt sich aus der VO Nr. 17 (KartellVO)
 - o deutsches Pendant
 - Zuständigkeit des Bundeskartellamts
 - BKartAmt, wenn EU-Kommission selbst kein Interesse an der Angelegenheit hat
 - Zuständigkeit der nationalen Behörde erlischt, wenn Kommission ein Verfahren einleitet (KartellVO)
 - Vorlagebeschluss des nationalen Gerichts nach Art. 177 EGV, wenn es Verstoß gegen Unionsrecht annimmt
- Konditionenbindungen, Ausschließlichkeitsbindungen, Vertriebsbindungen
- Fusions- Zusammenschlusskontrolle
- Definition: „Spürbarkeit“ der Marktbeeinflussung
- Nationale Kartellbehörden
- Existenz der Fusionsordnung
 - o Fusionskontrolle nach deutschem Recht
 - o Verschmelzung im Aktienrecht

Sonstiges:

- einfacher / verlängerter Eigentumsvorbehalt
 - o § 185 (Verfügung eines Nichtberechtigten)
- gutgläubiger Eigentumserwerb, § 932
- Abtretungsverbot, § 399
- Wegfall von RabattG und ZugabeVO
 - o Grund: ecommerce-RL
 - o Historischer Hintergrund für Einführung der Gesetze:
 - Weltwirtschaftskrise und Schutz der Wirtschaft vor gegenseitiger Unterbietung mit Rabatten und Zugaben
 - o Auslegung durch BGH?
 - Extensiv
 - Heute Lösung nur noch über UWG
- Zurückbehaltungsrechte des BGB
 - o §§ 320, 273

- Wenn Konnexität bei § 273 (-), kaufm. ZbR möglich (§ 369 HGB)
- Unterschied Einrede / Einwendung
- Sicherungsmittel
- ZPO
 - Vollstreckungsgegenklage
 - Einstweiliger Rechtsschutz, §§ 935, 940 ZPO
- Unterschied Hemmung / Unterbrechung